

## Mit rechts gegen den Krieg?

Der „Friedenswinter“ geht weiter: Die Friedensbewegung ruft für den 7. Februar zur Demo gegen die Münchner Sicherheitskonferenz auf – und streitet über die Beteiligung der „Mahnwachen“-Macher.

PRO

*Es stimmt nicht, dass die klassische Friedensbewegung "bräunliche Elemente" toleriert. Die Kooperation beruht auf einem Bekenntnis zu Antifaschismus und Antirassismus.*

### Von Susanne Grabenhorst und Reiner Braun

Als Mit-InitiatorInnen des Friedenswinters betrachten wir uns nicht als "bedingungslose Apologeten" der Zusammenarbeit mit den Montagsmahnwachen oder "blind gegenüber den Risiken" und wir meinen nicht, dass man "bräunliche Elemente ... tolerieren müsse", wie Paul Schäfer an anderer Stelle schrieb. Zudem können wir den "entscheidenden Unterschied" bei Schäfer nicht nachvollziehen, dass die Friedensbewegung der 80er Jahre eine aufklärerische Funktion gehabt habe, von der heute keine Rede mehr sein könne. Wir wissen - und Paul Schäfer weiß es auch -, dass auch heute in der Friedensbewegung geforscht und aufgeklärt wird.

Und gerade diese Aufklärung lässt uns die Gefahr sehen, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen zu einem größeren, ja großen Krieg eskalieren könnten. Nato-Truppen an der russischen Grenze, Aufrüstung der Regierung in Kiew, russische Rückendeckung für die Aufständischen im Osten der Ukraine schüren die Gefahr. Wir sehen die Möglichkeit, dass Atommächte aufeinandertreffen und die atomare Option eine stärkere militärstrategische Rolle spielt.

Die Modernisierung der Atomwaffen auch in Europa, die Stationierung von Bombern in Polen und im Baltikum, die auch Nuklearwaffen befördern können, sowie die von den USA anvisierte Kündigung des Vertrages über die Vernichtung der Mittelstreckenraketen und damit die mögliche Neustationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa - da sind Befürchtungen, "Ängste", durchaus angebracht. Angst ist ein überlebenswichtiges Warnsignal, das nicht verleugnet werden darf, sondern zu einer Verhaltensänderung führen muss.

Die Veröffentlichungen aus der Friedensbewegung zeigen, dass nicht einseitige Schuldzuweisungen an eine Konfliktpartei oder Irrationalismus das Bild prägen. Kriegsprävention und Hilfe für die Opfer sind tragende Elemente. Die "Kooperation für den Frieden" als eine der InitiatorInnen des "Friedenswinters" zielt auf friedliche Lösungen. In umfassenden Dossiers setzt sie sich mit der Lage in Konfliktgebieten, zum Beispiel der Ukraine und dem Nahen und Mittleren Osten, auseinander. Sie entwickelt Vorschläge für zivile Konfliktlösungen und unterstützt keine militärische Machtpolitik, von welcher Seite auch immer.

Wir kritisieren die Hegemonialbestrebungen Russlands wie auch die völkerrechtswidrige Angliederung der Krim. Wir sehen sie aber auch als Reaktion auf den "Nato-Marsch gen Osten", auf den Russland aufgrund leidvoller historischer Erfahrungen aus einer Position des Einkreisten heraus reagiert.

Bei der Politik der Bundesregierung mit ihren durchaus vorhandenen Ambivalenzen kommen wir zu einem kritischeren Ergebnis als Paul Schäfer. Die Regierung setzt zunehmend auf militärische Optionen zur Eindämmung von Konflikten. Dazu soll eine weitgehend kriegsablehnende Bevölkerung ideologisch auf Militäreinsätze eingestimmt werden.

Wissenschaftliche Arbeit und Aufklärungsarbeit werden in der Friedensbewegung in hohem Maße geleistet. Doch angesichts sich weltweit ausbreitender Kriege ist die Verknüpfung von Aufklärungsarbeit mit öffentlichen Aktionen dringend notwendig. Wir brauchen Informationen und Aktionen. Es muss "Druckkampagnen durch handelnde Menschen" geben.

Wir treten ein für eine "Wiederbelebung einer Politik der gemeinsamen Sicherheit und Abrüstung", also eine Einbindung potenzieller Kontrahenten in ein System kollektiver Sicherheit anstelle von Militärbündnissen.

Solange Gewalt und Krieg herrschen, müssen Grenzen für die Kriegsflüchtlinge geöffnet und humanitäre Hilfen, nicht zuletzt von den reichen Ländern der EU, gewährt werden. Solche Friedensforderungen werden vom "Friedenswinter" gemeinsam mit Menschen aus den "Mahnwachen für den Frieden" getragen. Letztere sind eine heterogene soziale Erscheinung. Laut einer Studie der TU Berlin waren sie zu Beginn zwar nach rechts offen, aber keine rechte Bewegung.

Wir begrüßen die ablehnenden Positionen zu den Pegida-Demonstrationen aus ihren Reihen. Ein Bekenntnis zu Antifaschismus, Antirassismus und der Ablehnung von Antisemitismus sind die Grundlage unserer Zusammenarbeit mit Menschen aus den Mahnwachen. Wie diese sich weiter entwickelt, wird sich zeigen. Der 13. 12. 2014 mit der größten Friedensdemonstration in Berlin seit Jahren war jedenfalls ein ermutigender Auftakt.

Wir begrüßen jeden, der diesen Prozess kritisch begleitet, vor allem aber hilft, eine lebendige Friedensbewegung zu gestalten: eine Bewegung für Frieden und Abrüstung, gegen Krieg und Interventionen, mit Empathie für die Opfer. Eine Bewegung, die ihre Aufklärungsarbeit intensiviert und Druck auf die Politik ausübt, sich um friedliche Konfliktlösungen zu bemühen.

Susanne Grabenhorst ist Vorsitzende der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) in Deutschland.

Reiner Braun ist Co-Sprecher der "Kooperation für den Frieden" und Geschäftsführer der "Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen" (IALANA) in Deutschland.

## CONTRA

*Wo nach Sündenböcken gesucht wird, sind pauschale Schuldzuschreibungen nicht weit: „die Politik“, „die Amis“, „die Banken“, „die Ausländer“. Am Ende wieder „die Juden“?*

## Von Paul Schäfer

Es ist ja richtig: Angesichts der Gewalt in der Ukraine und der Spannungen zwischen der Nato-/EU-Staatenwelt und Russland wäre eine breit aufgestellte, wirksame "neue Friedensbewegung" bitter notwendig. Über die real existierende Bewegung hat sich in dieser Zeitung einer ihrer Sprecher, Reiner Braun, dahingehend geäußert, dass man sich zu lange in einer gesellschaftlichen Nische eingerichtet habe und sich wieder zur Gesellschaft hin öffnen müsse. Auch richtig.

Aber führt die von Teilen der alten Friedensbewegung nun versuchte Verbindung zu neu sichtbar gewordenen Akteuren (Montagsdemos, Mahnwachen) schon zum gewünschten Aufbruch? Ein schillerndes Völkchen kommt da zusammen, um gegen Nato-Kriege zu protestieren. An der Spitze dieser überschaubaren, schwer einzuordnenden Bewegung stehen auch Leute mit antisemitischen, irrational-esoterischen, verschwörungstheoretischen Tendenzen.

Nun mag dies noch kein ausreichender Grund sein, diese "Bewegung" einfach rechts liegen zu lassen. Aber erstens müssen die Voraussetzungen für gemeinsame Aktionen geklärt werden und zweitens sollte klar sein, dass eine solche "Koalition" nicht die erforderliche Öffnung zur Mitte der Gesellschaft ist.

Erinnert sei daran, dass die Friedensbewegung der 80er Jahre auch eine Aufklärungsbewegung war. Sie deckte die Rüstungspotenziale in Ost und West auf, nahm die Abschreckungsphilosophie auseinander und entwarf konkrete friedens- und abrüstungspolitische Konzepte (schon daher geht der um Rechtfertigung bemühte Hinweis, auch damals habe es rechte, esoterische Kreise in der Bewegung gegeben, völlig ins Leere). Daran wäre heute wieder anzuknüpfen. Und daran wird zugleich unser gegenwärtiges Problem deutlich: Das oben konstatierte "Sich-Einrichten" in der Nische hat Spuren hinterlassen! Wer sich einigelt, neigt dazu, die Welt nach einfachen Mustern zu sortieren und sich dabei immer wieder selbst zu bestätigen. Und damit sind Schnittmengen zu einem Protestmilieu möglich, das noch anfälliger für schlichte Problemzuschreibungen und vermeintlich einfache Lösungen ist. Das kann verdammt gefährlich werden. Wo nach Sündenböcken für die Misere gesucht wird, sind pauschale Schuldzuschreibungen nicht weit: "die Politik", "die Amis", "die Banken", "die Ausländer". Am Ende wieder "die Juden"? Eine aufklärerische Friedensbewegung müsste sich scharf mit den ressentimentgeladenen Parolen und der zielgerichteten Stimmungsmache der Neuen Rechten auseinandersetzen.

Vor Gefahren der Gewalteskalation zu warnen, ist wichtig. Wenn aber bei den Aktionen des neuen Bündnisses behauptet wird, wir befänden uns in der Phase einer unmittelbaren Kriegsvorbereitung durch die Nato gegen Russland und ein großer (Atom-)Krieg drohe, dann wird irrationale Angstmade betrieben. Auf diesem Boden wächst Pegida.

Die "Geopolitik des Westens" gibt es nicht. Die US-Eliten wollen sich machtpolitische Konkurrenten auf Dauer vom Hals halten. Dem dienen die Eingrenzung Russlands und die Destabilisierung seiner Peripherie. Das europäische Interesse ist ein anderes. Und das zeigt sich auch in der Widersprüchlichkeit der deutschen Regierungspolitik, die eine harte Anti-Moskau-Linie mit diplomatischen Anstrengungen zur Konfliktlösung verbinden will. Die Kritik an einer Politik, die die Schwäche Russlands in selbstgefällig-ignoranter Weise meint ausnutzen zu müssen, ist berechtigt (und insofern auch das Verständnis für Russland). Aber sind geopolitische Ambitionen Russlands, die mit militärischer Gewalt und unter Bruch des Völkerrechts (!) durchgesetzt werden, gutzuheißen? Für die Friedensbewegung ist kritische Distanz zu diesem autokratischen Regime, das eigene Machtinteressen verfolgt, unabdingbar - will man nicht zum Spielball des Machtgerangels werden.

Es ist daneben, die Welt in "starke Böse" - der Westen, die US-Banken und so weiter - und "schwache Gute" (Putins Russland) einzuteilen. Die alte Friedensbewegung hat sich präzise mit solchen Feindbildprojektionen, die bei der Rechten üblich sind, auseinandergesetzt. Die Neue Rechte vermeidet offene Nazi-Bekennnisse (also Holocaust-Leugnung), aber: Andere würden mindestens so schlimm oder noch schlimmer als die Nazi-Deutschen agieren - wie heute die Juden gegenüber den Palästinensern. Oder "die Amerikaner": Haben die nicht mit selbst inszenierten Terroranschlägen vom 11. September gezeigt, dass sie die Nazis noch an Skrupellosigkeit übertreffen? Solche Geschichtsklitterung kann nicht die Sache der Friedensbewegung sein.

Wir brauchen eine neue Friedensbewegung, die falsche Selbstgewissheiten vermeidet, mit Widersprüchen umgeht und wieder eine eigene, über die schroffe Ablehnung von Krieg und Militär hinausreichende Friedenspolitik formuliert.

Paul Schäfer, seit Beginn der 80er Jahre in der Friedensbewegung aktiv, war von 2005 bis 2013 verteidigungspolitischer Sprecher der Linkspartei im Deutschen Bundestag. Er ist Herausgeber des Buches "In einer aus den Fugen geratenden Welt. Linke Außenpolitik - Eröffnung einer überfälligen Debatte", Hamburg 2014.